

Viele Millionen für die Umgestaltung

Fördergeld soll bis Monatsende beantragt werden. Beginn am Bahnhof und an der Westpromenade.

VON HELMUT WICHLATZ

ERKELENZ Die Neugestaltung der Innenstadt als Ergebnis des Integrierten Handlungskonzeptes (InHK) hat Politik und Bürgerschaft in den letzten Monaten beschäftigt. Nun bringt der Rat den entsprechenden Beschluss auf den Weg, der benötigt wird, um bis Ende des Monats Fördermittel für die Maßnahmen und Projekte zu beantragen.

Mit einer Entscheidung über die Förderung wird für das kommende Frühjahr gerechnet. Bernd Niedermeier vom Aachener Planungsbüro MWM erläuterte im Ausschuss für Stadtentwicklung die Maßnahmen, ihre Abläufe und die dafür kalkulierten Kosten. Die einzelnen Projekte sollen sukzessive und nach vorheriger Diskussion bis 2030 umgesetzt werden. Dazu wurden Handlungsfelder und Gebiete definiert, in denen der Reihe nach die Projekte und Pläne umgesetzt werden.

Grundsatzbeschluss des Rates

Begonnen würde demnach mit dem Bereich am Bahnhof und dem Grüngürtel an der Westpromenade. Insgesamt kommen Kosten in Höhe von rund 21 Millionen Euro auf die Stadt zu. Eine etwa gleich hohe Summe wird in der Zeit der Umgestaltung über den Kommunalhaushalt in Straßen- und Kanalbauarbeiten investiert.

Im Ausschuss wurde der Grundsatzbeschluss vorbereitet, den der Stadtrat am kommenden Mittwoch fassen wird. Dieser Beschluss bezieht sich auf das Paket an Maßnahmen, bei denen ein Schwer-



Die Innenstadt im Fokus: Das Entwicklungskonzept nimmt mehr und mehr Gestalt an.

FOTO: HELMUT WICHLATZ

punkt auf der Umgestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen liegt. Hier bezifferte Niedermeier den Bedarf auf rund 17,5 Millionen Euro. Maßnahmen zur Barrierefreiheit der

Burg, des Alten Rathauses und der Leonhardskapelle wurden mit rund 845.000 Euro angesetzt. Auch Investitionen und Maßnahmen von Privatpersonen, die zur Aufwertung des

Stadtbildes beitragen, sollten mit rund 900.000 Euro unterstützt werden. Auch ein Citymanager, der den rund achtjährigen Prozess steuern soll, ist in der Rechnung enthalten

und schlägt mit rund 800.000 Euro zu Buche. Für Vorbereitung, Planungsarbeiten und weitere Machbarkeitsstudien sind für die kommenden acht Jahre weitere 650.000 Euro eingeplant.

Bei einer Bewilligung der städtebaulichen Fördermittel bliebe es nicht bei dieser Summe. Denn auch im städtischen Haushalt wären dann im Laufe des Umgestaltungszeitraumes rund 21 Millionen Euro für Kanal- und Straßenbau, Neuordnung des Parkraums in der Innenstadt, die Schaffung von Mobilitätsstationen und Fahrradrouen fällig. Auch private Investitionen, die im Laufe der Jahre getätigt werden, wurden in der Rechnung aufgeführt. Niedermeier bezifferte sie auf geschätzte 80 Millionen Euro, zum Beispiel für den Wohnungsbau und die Umgestaltung am alten Amtsgericht.

In der Diskussion standen die Meinungen gegeneinander. Hoffnung auf mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität auf einer Seite, Sorge um den verlorenen Parkraum und neue Einbahnstraßen auf der anderen Seite. Sowohl Niedermeier als auch Bürgermeister Peter Jansen betonten, dass es sich bei den Planungsbeispielen um Beispiele handle und nicht um fertige Umsetzungskonzepte. Mit zwei Gegenstimmen der Freien Wähler/UWG und Bürgerpartei/Graue Panther empfahl der Ausschuss dem Rat, den entsprechenden Grundsatzbeschluss zu fassen. Bei der konkreten Ausarbeitung der einzelnen Projekte werde wieder auf Bürgerbeteiligung gesetzt. Diese sei bislang noch nie so hoch gewesen, betonte der Technische Beigeordnete Ansgar Lurweg.